

Haushaltsrede Natascha Bingenheimer zur Stadtverordnetensitzung am 08. Dezember 2025 mit Verabschiedung des Haushalts 2026

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,
sehr geehrte Damen und Herren,

die Haushaltslage der Stadt Dreieich verschlechtert sich zusehends, und das, obwohl wir - mit 2011 startend - einen harten Konsolidierungsprozess durchlaufen haben. Es gab schmerzhaft Einsparungen, die dazu führten, dass die Finanzen Dreieichs vorübergehend besser dastanden.

Diese Zeiten sind vorbei, die Stadt läuft wieder in die roten Zahlen. Auch die Rücklagen reichen absehbar nicht, um die Löcher zu stopfen. Belastungen durch den Kreis, Belastungen durch Anforderungen von oben, Land und Bund, haben nun dazu geführt, dass die Bürger bluten müssen. Die Erhöhung der Grundsteuer ist fast beschlossene Sache und die Stadt greift in die Taschen der hier lebenden Menschen. Allerorten stehen Gebührenerhöhungen an, obwohl die Belastung durch die Inflation ohnehin schon hoch ist.

Gleichzeitig haben sich die politischen Mehrheiten einzementiert und die Dreieicher Groko bestimmt den Kurs Dreieichs zu 100 Prozent. Die Anträge der Opposition werden in der Regel abgelehnt. Dreieicher Verhältnisse spiegeln damit die Situation auf Landes- und Bundesebene.

Vor diesem allgemeinen Hintergrund lassen uns die Haushaltsberatungen einigermaßen sprachlos zurück. Sie kommen fast einem Offenbarungseid gleich, da unserer Auffassung nach weder ernsthafte Sparbemühungen zu erkennen sind, noch wirksame Maßnahmen ergriffen werden, um die Weichensteuerung grundlegend zu ändern.

Thema Sparbemühungen

Es ist schon einigermaßen erstaunlich, was sich Dreieich in diesen Zeiten an Projekten und Wünschen noch gönnt. Die Idee von Bewegungs- und Sporträumen in der Stadt ist toll, aber wir können sie uns schlicht nicht leisten.

Die Idee einer Bebauung der Rostadt ist in keiner Weise nachhaltig und wird von einer Vielzahl an Bürgern schlicht abgelehnt. Ein gesamtstädtisches Konzept existiert nach wie vor nicht, die Bürger werden auch nicht gefragt.

Und wenn die Stadt weiter befürwortet, den Hopper zu unterstützen, dann wird sich das Groschengrab on-demand-Verkehre zu einem Supergau entwickeln, den der Kreis über eine weiter steigende Kreisumlage schlicht auf die Kommunen abwälzt.

Dies sind nur einige Beispiele, die Liste lässt sich verlängern.

Grundlegende Weichenstellung

Es wird verstärkt darüber gejammert, dass die Haushaltsmisere der Kommunen im nicht funktionierenden Konnexitätsprinzip gründet. Das betrifft zum Beispiel Kosten für die Kinderbetreuung oder die Versorgung von den immer noch in großen Zahlen von auswärts einströmenden Menschen, die die kommunalen Sozialsysteme massiv belasten.

Grüne und FDP hatten sich dazu entschlossen, bei der Formulierung konkreter Haushaltsanträge Enthaltensamkeit zu üben und haben grundlegende Fragen aufgeworfen, die die Legitimität und Stichhaltigkeit des Haushaltsentwurfes an sich betreffen.

Das Manöver ist interessant, überzeugt aber nicht.

Die bürgerlichen Parteien, die sich über die Dysfunktionalität des politischen Systems beschwerten, sind selber als Entscheidungsträger auf den übergeordneten Stufen in Kreis, Land und Bund tätig. Sie haben also ein gerütteltes Maß an Mitschuld daran, dass es den Kommunen schlecht geht.

Wer im Bund die Hand hebt zum Beispiel für die Ganztagsbetreuung, der sollte sich Gedanken darüber machen, wer das bezahlt. Wer im Bund die Hand hebt für die Öffnung der Grenzen, der sollte sich fragen, wer die Menschen wie unterbringt.

Wenn CDU, SPD, Grüne und FDP Resolutionen formulieren, Aufforderungen schreiben, dass das Konnexitätsprinzip eingehalten werden muss, dann richten sie ihr Begehren schlicht an sich selbst. Lange genug mitregiert haben diese Parteien ja alle, mithin sind sie also selber für die Lage der Kommunen verantwortlich.

Auch an diesem Punkt liegt es, dass die Bürger das Vertrauen in die Politik verloren haben. Links und rechts, oben und unten, keiner weiß, was der Andere macht und die Verantwortung wird hin- und hergeschoben.

Eingezimmerte Machtverhältnisse

In Dreieich hatten wir viele Jahre wechselnde Mehrheiten, die dem demokratischen Prozess sehr gutgetan haben. Das ist seit der Groko anders und zeigt sich im Umgang mit der Opposition. So lag die Zustimmungquote zu Haushaltsanträgen, die von der Opposition eingebracht worden sind, dieses Jahr bei 1 Prozent. Alle anderen Anträge wurden von der Groko abgewiesen. Das ist geradezu lächerlich.

Da fragt man sich doch: Für was brauchen wir eigentlich eine Opposition?

Im März sind Kommunalwahlen und man kann nur hoffen, dass sich die Machtverhältnisse aufmischen. Aber es könnte auch so sein, dass sich der politische Diskurs sich noch weiter verengt, um Linke und Rechte ausschließen zu können.

Hoffen wir, dass sich mit der Legislaturperiode ab März 2026 der Meinungs- und Entscheidungskorridor wieder öffnet.

Die Fraktion Bürger für Dreieich lehnt den Haushaltsentwurf 2026 in der vorgelegten Fassung ab.